

Allgemeiner Anzeiger.

Der Allgemeine Anzeiger, erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend. Abonnementspreis: vierteljährlich ab Schalter 1,15 Mk. bei freier Zusendung durch Post ins Haus 1,30 Mk. Ferner, durch die Post 1,15 Mk. auswärts. Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsboten gern entgegen.

Amtsblatt

Postkonto:
Leipzig Nr. 34894.

für die Ortsbehörde und den Gemeinderat zu Bretinig.

Lokal-Anzeiger für die Ortschaften Bretinig, Großröhrsdorf, Hauswalde, Frankenthal und Umgegend.

Inserate, die 4 gesparte Korpuszeile 15 Pf. für Inserenten im Aberteile, für alle übrigen 20 Pf., im amtlichen Teile 25 Pf., und im Restamteil 40 Pf., nehmen außer unserer Geschäftsstelle auch sämtliche Annoncen-Expeditionen jederzeit entgegen. Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Inserate bitten wir für Mittwoch-Nummer bis Dienstag vormittags 11 Uhr, für die Sonnabend-Nummer bis Freitag vormittags 11 Uhr einzusenden.

Schriftleitung, Druck und Verlag von A. Schurig, Bretinig.

Nr. 93.

Mittwoch, den 20. November 1918.

28. Jahrgang

Bekanntmachung.

Das Arbeitsministerium hat angeordnet, daß unverzüglich in sämtlichen Gemeinden sogenannte

Ortsausschüsse zur Sicherung der Volksernährung gegründet werden.

Der Ausschuss wird so gebildet, daß er genau zur Hälfte aus Erzeugern und Verbrauchern besteht. Die Wahlversammlung findet

Dienstag, den 19. November 1918

abends 8 Uhr

für die Erzeuger im Gasthaus zur Rose und für die Verbraucher im Gasthaus zum deutschen Hause statt.

Die Aufgabe des zu wählenden Ausschusses ist:

1. Erfassung der Vorräte.
2. Bekämpfung des Schleichhandels.
3. Sicherung der Betriebe.
4. Beschaffung von Arbeit.
5. Aufrechterhaltung der Ordnung.
6. Sicherung von Person und Eigentum.

Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alte männlichen und weiblichen Gemeindeglieder. Alle der Selbstversorgung angeschlossenen Personen wählen als Erzeuger und alle Brotmarken-Empfänger als Verbraucher.

Bretinig, den 18. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Abgabe von Mehl für ausfallendes Fleisch.

Als Ersatz für das in der Woche vom 18. bis 24. November 1918 ausfallende Fleisch werden auf Abschnitt M der Reichsfleischkarte für Erwachsene

125 Gramm Roggenmehl,

auf Abschnitt M der Reichsfleischkarte für Kinder

65 Gramm Roggenmehl

und auf die 10 einzelnen Fleischkartenabschnitte der Lebensmittelkarte für Militärlauber, die für die vorerwähnte Woche zur Ausgabe gelangt ist,

125 Gramm Roggenmehl

abgegeben werden.

Es ist nachgelassen, das Mehl gegen Brot beim Bäcker einzutauschen.

Fleischselbstverarbeiter haben keinen Anspruch auf die Mehlgutlage.

Das Mehl kann gegen Abgabe von 10 Abschnitten mit dem grünen Buchstaben M der Reichsfleischkarte für Erwachsene und von 5 Abschnitten mit dem grünen Buchstaben M der Reichsfleischkarte für Kinder sowie von 10 Fleischmarkenabschnitten der Lebensmittelkarte für Militärlauber bei jedem Bäcker und Mehlkleinhändler entnommen werden. Unvollständige Abschnitte dürfen nicht beliefert werden.

Die Bäcker und Mehlkleinhändler werden angewiesen, die Abschnitte M der Reichsfleischkarte sowie die Abschnitte der Militärlauberkarte als Nachweis für die abgegebenen Mehlmengen bei Einlieferung des Antrags auf Mehlbezug an die Mehlverteilungsstelle der Amtshauptmannschaft, und zwar getrennt von den sonstigen Brot- und Mehlmarken, gebündelt und unter besonderer Bezeichnung der vereinnahmten Fleischkartenabschnitte beizufügen.

K a m e n z, am 16. November 1918.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Berteilung von Nahrungsmitteln.

Vom Freitag, den 22. November ds. Js. ab, kommen zur Verteilung:

1. auf Abschnitt 27 der allgemeinen (gelben) Nahrungsmittelkarte (Personen im Alter von über 4 Jahren)

1/2 Pfd. Marmelade u. 1/4 Pfd. Grieß,

2. auf Abschnitt 29 der Kinder- (roten)

Nahrungsmittelkarte (Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahre)

1/2 Pfd. Marmelade u. 1/2 Pfd. Grieß,

3. auf Abschnitt 11 der Alters- (weißen) Nahrungsmittelkarte

1/2 Pfund Grieß.

K a m e n z, am 16. November 1918.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Kurze Nachrichten.

Nach einem Reuter-Bericht hat der deutsche Oberbefehlshaber in Ostafrika, v. Lettow-Vorbeck, "kapituliert".

Langing erklärt, er werde die deutschen Forderungen über Wiedering des Waffenstillstandes den Alliierten weitergeben.

Der Kommandant von Berlin veröffentlicht einen Aufruf zur Bildung einer Soldatenwehr, die Ordnung, Ruhe und Freiheit aufrecht erhält.

Der frühere Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin ist mit seiner Familie in Kopenhagen eingetroffen.

Die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände beabsichtigt, einen Deutschen Beamtenbund auf gewerkschaftlicher Grundlage zu begründen.

Die Kommunisten unter der Führung von Rühle haben ihren Austritt aus dem Dresdner rev. A- und S-Rat erklärt.

Nach einem Erlaß des Kultusministeriums können am Bußtag dringende Arbeiten ihren Fortgang nehmen und Versammlungen abgehalten werden.

Der Reichskanzler über das neue Deutschland.

Berlin, 16. Nov. Reichskanzler Ebert gewährte dem Herausgeber der Amerikanischen Korrespondenz William Borsodi eine Unterredung, in der er unter anderem sagte: Man wird in Amerika und überall mehr durch unsere Handlungen, als durch meine Worte erkennen, daß wir die ernst begonnene Arbeit ernst und energisch fortsetzen wollen. Die Männer der gegenwärtigen Regierung bilden die Regierung des ganzen deutschen Volkes. Wir haben weiter unsere Mandate der sozialistischen Partei und haben alle Gelegenheiten, für unsere Prinzipien und unsere politischen Glauben einzutreten. Jetzt aber handelt es sich für uns, in gewissem Grade auch für unsere früheren Gegner, um die Brotfrage.

Ihr Präsident scheint auch in dieser Hinsicht richtig zu denken. Hunger kann uns nicht stärken, die schwer erkämpfte Demokratie auszubauen und, wenn notwendig, für ihr Fortbestehen zu kämpfen. Die junge deutsche Republik hat ein besonderes Interesse daran, von dem amerikanischen Volk und seinem Präsidenten völlig verstanden zu werden. Wir hoffen, daß das um so leichter geschehen wird, als viele Gedankengänge des Präsidenten Wilson und damit des amerikanischen Volkes ganz den Gedanken entsprechen, die die deutsche Republik und ihre Regierung, ihre Volksbeauftragten, geschaffen haben und weiterhin beherrschen. Im besonderen sind die Forderungen eines Friedens des Rechts und der Gerechtigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Herrschaft der Völker über das eigene Land und die Organisation eines Völkerbundes wesentliche Bestandteile des Programms der gegenwärtigen Regierung. Um unser politisches Programm und die Demokratie in Deutschland durchzuführen zu können, ist die Frage der Volksernährung, das Fundament eines jeden staatlichen Lebens, eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volksrepublik. Wir haben es deshalb mit Freude empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer tatkräftigen Hilfe anerkannt hat.

Sozialdemokratie und Nationalversammlung.

Berlin, 18. November. Im Vorwärts bekennt sich Ph. Scheidemann zu der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung. Er schließt seinen Aufruf mit den Worten: Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung; das muß die Parole für die Reichsleitung sein. Für die sozialdemokratische Partei gilt es für einen Wahlkampf zu rufen, wie er keinesgleichen noch nie dagewesen sei. 10 Wochen sind eine kurze Zeit. Da darf keine Stunde verloren werden. Eine Entscheidung wird fallen, die nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzen wird, als die Entscheidung des Schlachtfeldes. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampfesmut lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden bis aufs Letzte, damit der Sieg unser bleibt.

Berlin, 18. November. In den Kreisen der Unabhängigen ist man der Meinung, daß man zur Frage der Einberufung der Nationalversammlung zurzeit noch nicht Stellung nehmen solle, da man vorher die Errungenschaften der Revolution festigen und eine weitgehende Sozialisierung durchsetzen möchte. Das soziale, gegen den Kapitalismus gerichtete Programm der Unabhängigen soll in seinem wichtigsten Teil zur vollzogenen Tatsache werden, bevor man die Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung geben will. Da indessen sehr wichtige Gründe, unter anderem die Frage des Friedensschlusses mit dem Völkerverband dafür sprechen, daß durch schnelle Einberufung der Nationalversammlung eine Regierung des gesamten deutschen Volkes geschaffen werde, so erscheint es fraglich, ob die Unabhängigen in ihrer Wehrheit sich nicht doch noch eines anderen beständen.

Norwegische Lebensmittelhilfe?

Christiania, 17. Nov. „Sozialdemokraten“ veröffentlicht eine Eingabe der Leitung der norwegischen Arbeiterpartei an die norwegische Regierung, in der diese aufgefordert wird, bei der Entente auszuwirken, daß Norwegen Gelegenheit gegeben werde, so rasch wie möglich außer den festgesetzten Mengen von Lebensmitteln diejenigen Erzeugnisse, namentlich Fische und Fischprodukte, an denen Norwegen Ueberfluß hat, an die notleidende deutsche Bevölkerung zu senden. Gerade da allgemein bekannt ist, daß die nor-

wegische Bevölkerung während des Krieges mit den Nachhabern des früheren Deutschland keineswegs sympathisiert hat, gelte es jetzt, dem neuen, freien Deutschland über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen. (W.B.)

Oertliches und Sächsisches.

Bretinig. Auf Anordnung der Kreis-Hauptmannschaft Baugen ist die Polizeistunde im ganzen Bezirke allgemein auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Keine Textilrohstoffnot. Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstoffen zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, so daß die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die unge störte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das unge störte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung beauftragt waren.

Baugen. Ein freier Bürgerausschuss wurde in einer von Vertretern des Handels, der Industrie, Beamtenschaft usw. besuchten, von der Ortsgruppe Baugen des Hansabundes einberufenen öffentlichen Versammlung gegründet. Ihm gehören 38 Mitglieder an. Er soll mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung treten. Vorsitzender Fabrikdirektor Otto Johne wies in der Ansprache auf die Ziele des Ausschusses hin. Eine Entschließung forderte das baldige Zusammentreten der Konstituante.

Flöha. Genosse Guido Richter wurde an Stelle Dr. Edelmanns zum Amtshauptmann bestimmt.

Rochlitz. Der bisherige Rochlitzer Amtshauptmann Dr. Kochberg wurde durch den Soldatenrat seines Postens enthoben. An seine Stelle wurde der Burgstädter Bürgermeister Dr. Roth gewählt. Der Neugewählte wird, obwohl er offiziell die Leitung der Geschäfte der Amtshauptmannschaft übernehmen wird, das Bürgermeistertum in Burgstädt gleichzeitig so lange weiter bekleiden, bis die neugebildete Landesregierung Verfügungen trifft. Dr. Roth ist fortgeschrittlicher Landtagsabgeordneter.

Ostau bei Döbeln. (Verschwunden.) Der hiesige Gemeindevorstand Schäfer ist nach Unterdrückung bedeutender Gemeindegelder verschwunden.

Deberan. (Großfeuer.) Von einem verheerenden Brande wurde die hiesige Chemische Bleicherei heimgesucht. Das Lager, in dem sich Tausende von Zentnern Wolle und viele Hundert Faß Del befanden, ist niedergebrannt.

Leipzig. Durch Beschluß des engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates sind für den Bereich des 19. Armeekorps bis zur endgültigen Regelung des neuen Militärstrafgerichtsverfahrens Anordnungen getroffen worden, in denen es u. a. heißt: Die bisherigen Militärgerichte treten außer Tätigkeit. An deren Stelle werden Standgerichte eingesetzt, die zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen der Militärpersonen zuständig sind. Gegen die Urteile der Standgerichte gibt es kein Rechtsmittel. Die Urteile bedürfen aber der Genehmigung des engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzigs. Er ist auch berechtigt, die Urteile zu mildern.